NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital		
Gremium:	Stadtrat		
Sitzung am:	6. April 2017		
Sitzungsort:	Rathaus Potschappel		
Sitzungsbeginn:	18.15 Uhr	Sitzungsende:	21.20 Uhr

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital
Gremium:	Stadtrat
Sitzung am:	6. April 2017

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkungen
Vorsitzender		
Uwe Rumberg	Oberbürgermeister	
Stadträtinnen/Stadträte		
Lothar Brandau		
Dr. med. Franziska Darmstadt		ab TOP 3, ab 18.25 Uhr
Heike Druhm		
Jutta Ebert	Ortsvorsteherin Wurgwitz	
Ute-Maria Frost		bis TOP 18, bis 20.50 Uhr
Frank Gliemann	Vorsitzender Fraktion Freie Wähler Freital	
Torsten Heger		
Peter Heinzmann		
Uwe Jonas		
Thomas Käsemodel		
Candido Mahoche		
Norbert Mayer	Vorsitzender AfD-Fraktion	
Chris Meyer	Vorsitzender Fraktion Bürger für Freital	
Norbert Meyer		
Claudia Irén Mihály-Anastasio		
Dr. Hans Müller		bis TOP 19, bis 20.55 Uhr
Jörg Müller		ab TOP 3, ab 18.20 Uhr
Harry Retz		
Michael Richter	Vorsitzender Fraktion DIE LINKE.	bis TOP 18, bis 20.50 Uhr
Martin Rülke		
Katrin Schulze		
Günter Specht		
Dr. Ralf Thomas		
Lars Tschirner		
Steffen Üregi		
Dr. Olaf Wasner		
Heidrun Weigel		
Klaus Wolframm	Vorsitzender Fraktion SPD/Die Grünen	
Beauftragte		
Carola Stejskal	Behindertenbeauftragte	
Bürgermeister		
Peter Pfitzenreiter	Erster Bürgermeister	
Jörg-Peter Schautz	Zweiter Bürgermeister	

Amtsleiter/innen und Mitarbeiter/innen

Jörg Böhme	Leiter Beteiligungssteuerung
Andreas Funk	Amtsleiter Finanzverwaltung
Gerd Glöß	Amtsleiter Ordnungsamt
Daniel Hartig	Betriebsleiter Abwasserbetrieb
Ilona Helbig	Amtsleiterin Amt für Soziales, Schulen und Jugend
Gabriele Kerger	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Holger Leuschner	Amtsleiter Hauptamt
Josephine Schattanek	Amtsleiterin Stadtplanungsamt
Gerhard Schiller	Amtsleiter Stadtbauamt
Korina Tillig	Mitarbeiterin Freitaler Projektentwicklungsgesellschaft mbH
Heike Tiltmann	Schriftführerin
Helmut Weichlein	Juristischer Referent
Matthias Weigel	Sachbearbeiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Geschäftsführer

Henry Eismann	Prokurist der Wohnungsgesellschaft Freital mbH
Michael Heinzig	Wohnungsgesellschaft Freital mbH
Alexander Karrei	Freitaler Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH
Ulrich Rudolph	FREITALER STROM+GAS GMBH
Jörg Schneider	Technische Werke Freital GmbH

Abwesenheit:**Stadträtinnen/Stadträte**

Dirk Abraham		unentschuldigt
Klaus Dimter		entschuldigt, privat
Alexander Frenzel		entschuldigt, dienstlich
Ines Kummer		entschuldigt, krank
Karin Müller		entschuldigt, privat
Wolfgang Schneider	Ortsvorsteher Pesterwitz	entschuldigt, krank

Ortsvorsteher

Thomas Käfer	Kleinnaundorf	entschuldigt, krank
Matthias Koch	Weißig	entschuldigt, krank

Zuhörer: 21

Herr Rumberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Sächsische Zeitung benötigt für einen Artikel Fotos und fragt an, ob dem anwesenden Fotograf der Sächsischen Zeitung die Erlaubnis erteilt wird, zu Beginn der Sitzung einige Fotos zu machen.

Seitens der Stadträte gibt es keine Einwände.

Zur vorliegenden Tagesordnung gibt es keine Änderungen. Damit ist sie angenommen.

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital
Gremium:	Stadtrat
Sitzung am:	6. April 2017

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Bürgerfragestunde gem. § 22 der Geschäftsordnung
3. Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschriften vom 1. Dezember 2016 und 9. Februar 2017
4. Beschlusskontrolle
5. Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber
6. Informationen und Anfragen
- Information zum Stand der Überarbeitung der Entgelt- und Gebührensatzungen der Stadt Freital
7. (A 2017/002)
Antrag der Fraktion SPD/Die Grünen über die Vergabe der Betreuung der neuen Kindertagesstätte in Wurgwitz
8. (A 2017/004)
Antrag der Fraktion Bürger für Freital zur Einrichtung von befahrbaren Radschutzstreifen auf der Dresdner Straße
9. (A 2017/007)
Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung einer Stadtchronik
10. (Vorlagen-Nr.: B 2016/094)
Verkauf Flurstück 419 und Teile der Flurstücke 24 sowie 24a der Gemarkung Döhlen (Garagenhof an der Nordstraße)

11. (Vorlagen-Nr.: B 2017/008)
Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes - T.v. Flurstück 184/3 der Gemarkung Wurgwitz
12. (Vorlagen-Nr.: B 2017/009)
Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan "Gewerbestandort Wurgwitz" - T.v. Flurstück 184/3 der Gemarkung Wurgwitz
13. (Vorlagen-Nr.: B 2017/010)
Bedarfsplanung in Kindertageseinrichtungen einschließlich Kindertagespflege für das Jahr 2017
14. (Vorlagen-Nr.: B 2017/011)
Finanzierung der Erweiterung des Freitaler Technologieparks (F2_A)
15. (Vorlagen-Nr.: B 2017/013)
Änderung der mittelfristigen Finanzplanung 2018 bis 2020, Umsetzung Investitionskraftstärkungsgesetz, Neubau Hort Grundschule L. Richter mit Erweiterung Sporträume
16. (Vorlagen-Nr.: B 2017/014)
Ankauf des Flurstücks 809 sowie Teilflächen der Flurstücke 809a und 809/2 der Gemarkung Deuben zum Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens im Gebiet Breiter Grund/Bergstraße
17. (Vorlagen-Nr.: B 2017/015)
Verordnung über die verkaufsoffenen Sonntage 2017

Tagesordnungspunkt 1

Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Rumberg stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnungspunkt 2

Bürgerfragestunde gem. § 22 der Geschäftsordnung

Der Bürger Ulrich Neumann fragt, ob es für die Stadt Freital eine Kriminalitätsstatistik in Bezug auf Asylbewerber gibt.

Herr Rumberg äußert, dass der Verwaltung diesbezüglich keine konkreten Zahlen vorliegen, er wird dem aber nachgehen und es gegebenenfalls über das Amtsblatt kommunizieren.

Der Bürger Herr Ryssel nimmt Bezug auf eine UPIK-Liste (internationales Firmenverzeichnis), wo die Stadt Freital eingetragen ist. Er fragt, ob die Stadt Freital nun eine Gebietskörperschaft oder eine Firma ist, beides geht nicht. Des Weiteren fragt er nach der Definition des Begriffs „Reichsbürger“.

Herr Rumberg antwortet, dass die Stadt Freital eine Gebietskörperschaft und keine GmbH ist. Der Begriff „Reichsbürger“ wird in der Stadt Freital im Sprachgebrauch nicht verwendet.

Weitere Bürgeranfragen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 3

Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschriften vom 1. Dezember 2016 und 9. Februar 2017

Zur Niederschrift des Stadtrates vom 9. Februar 2017 gibt es keine Einwände.

Herr Weichlein äußert zur vorliegenden Einwendung von Herrn Wolfram zur Niederschrift des Stadtrates vom 1. Dezember 2016, dass es korrekt aber möglicherweise etwas knapp formuliert ist. Die von Herrn Wolfram vorgeschlagene Korrektur ist sehr ausführlich und würde den Rahmen, wie normalerweise protokolliert wird, überschreiten.

Herr J. Müller kommt. Somit sind 28 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Rülke möchte wissen, ob die von Herrn Wolfram geforderten Änderungswünsche inhaltlich mit der Aufzeichnung übereinstimmen. Weiterhin weist er darauf hin, dass Niederschriften, solange sie noch nicht bestätigt sind, nichtöffentlich sind. Sicher ist dies ungünstig für Bürger, die somit nicht die Möglichkeit haben, vor der Bestätigung dazu Stellung zu nehmen.

Herr Weichlein legt dar, dass die von Herrn Wolfram gewünschten Änderungswünsche zwei Stellen betreffen. Die eine, größere Abschrift stimmt mit dem Gesagten überein. Bei der kleineren zweiten Abschrift, soll der erste Satz gestrichen werden, der so aber auch von Frau Thäder-Voigt gesagt wurde. Die Niederschrift geht den Stadträten zu und ist bis zur

Bestätigung nur für sie bestimmt. Zum Zustandekommen der Einwände zur Niederschrift des Stadtrates 1. Dezember 2016 verweist Herr Weichlein auf seine Ausführungen im letzten Stadtrat, diese Vorgehensweise sollte nicht zum Regelfall werden.

Frau Dr. Darmstadt kommt. Somit sind 29 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Rülke spricht sich gegen die Änderung des von Herrn Wolframm geforderten kleinen Absatzes aus. Wenn etwas gesagt wurde, muss es nicht gestrichen werden. Bezüglich des größeren Abschnittes schlägt er vor, diesen zu überarbeiten und ausführlicher darzustellen.

Herr Wolframm stimmt dem Vorschlag von Herrn Rülke zu.

Herr Rumberg wird die Niederschrift entsprechend überarbeiten und die Änderung den Stadträten zukommen lassen, damit die Niederschrift 1. Dezember 2016 in der nächsten Stadtratssitzung bestätigt werden kann.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 4

Beschlusskontrolle

Allen Stadträten ist mit Datum vom 5. April 2017 die Beschlusskontrolle für das Jahr 2017 zugegangen. Für Fragen steht der Bereich Stadtratsangelegenheiten zur Verfügung.

Tagesordnungspunkt 5

Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber

Herr Pfitzenreiter informiert, dass derzeit dezentral 112 Männer, 11 Frauen und 12 Kinder untergebracht sind. Somit stehen dem Landkreis noch 40 Plätze für Asylbewerber zur Verfügung.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Tagesordnungspunkt 6

Informationen und Anfragen

- Information zum Stand der Überarbeitung der Entgelt- und Gebührensatzungen der Stadt Freital

Herr Rumberg informiert, dass folgende Anfragen schriftlich beantwortet wurden:

- von der CDU-Fraktion zu Sturmschäden und zum Abschließen der Grund- und Oberschulen während des Unterrichts
- von Herrn C. Meyer zur Umleitung über die Güterbahnhofstraße bei Baumaßnahmen auf der Dresdner Straße in Deuben und Hainsberg und zum Stand der Umsetzung des Beschlusses 095/2016, Umgestaltung Dresdner Straße im Stadtteil Hainsberg
- von Herrn Üregi zum Sportplatz Kleinnaundorf

Weiterhin informiert er, dass die Bürgerbeteiligung zur Bebauung des Areals „Sächsischer Wolf“ sehr gut angenommen wird. Seit gestern besteht auch die Möglichkeit, im Internet an der Umfrage teilzunehmen. Des Weiteren läuft noch eine Umfrage zum Wochenmarkt, wo bereits in der ersten Woche ca. 500 Bürger teilgenommen haben. Des Weiteren findet am

29. April 2017 von 9 bis 12 Uhr gemeinsam mit dem ZAOE ein Frühjahrsputz statt, zu dem im Amtsblatt aufgerufen wird.

Herr Funk informiert, dass es zur Überarbeitung der Entgelt- und Gebührensatzungen noch keine konkreten beschlussreifen Vorlagen gibt. Es ist ein kontinuierlicher Prozess, wo für das Jahr 2017 noch Änderungen zum Beispiel im Friedhofswesen und bei den Verwaltungsgebühren vorgesehen sind.

Herr Dr. Thomas dankt in Absprache mit der CDU-Fraktion Herrn Rumberg dafür, gerade bei dem jetzigen Prozess zur Terrorgruppe „Gruppe Freital“, den Ruf der Stadt Freital wieder herzustellen. Es wird deutlich gemacht, dass für Menschenfeindlichkeit in Freital kein Platz ist. Mit der Stellungnahme zum laufenden Prozess mahnt Herr Rumberg zum differenzierten Umgang mit der Bezeichnung „Gruppe Freital“. Die Namensgebung muss bedauert werden, weil sie zu kurz und unausgeglichen ist.

Herr C. Meyer bedankt sich für die schnelle Umsetzung des Beschlusses 026/2017 zur Anbringung der 30 km/h Schilder an der Tharandter und Rabenauer Straße. Die Antwort auf die Anfrage zur Umleitung über die Güterbahnhofstraße bei Baumaßnahmen an der Dresdner Straße in Deuben bzw. Hainsberg ist im Sinne einer Lösung wenig hilfreich. Wie schon im Ältestenrat hingewiesen, kam es bei der jetzigen Maßnahme auf der Dresdner Straße in Hainsberg zu der Situation, dass Rettungsfahrzeuge nicht mehr durchgekommen sind. Die Lösung wäre, Ausweichstellen anzubieten. Des Weiteren hat Herr C. Meyer bezüglich Werbemöglichkeiten für regional ansässige Händler, Dienstleister usw. folgende Fragen:

1. Welche allgemein gültigen Richtlinien sind zu beachten?
2. Welche vertraglichen Vereinbarungen für Werbung in Freital existieren zur Zeit?

Für viele Unternehmer ist nicht so schnell zu erfassen, welche Möglichkeiten es gibt, auf sein Geschäft hinzuweisen. Bezüglich der Ampelanlage an der Kreuzung Dresdner Straße/Rabenauer Straße stellt Herr C. Meyer fest, dass es vermehrt zu einem Rückstau bis in die Baustelle kommt. Dies liegt vermutlich daran, dass die Autofahrer nicht bis zur Haltelinie vorfahren und somit der Sensor für die Ampelschaltung nicht aktiviert wird. Er bittet, dem nachzugehen oder ein Hinweisschild „Bitte bis Haltelinie vorfahren!“ anzubringen. Des Weiteren bittet er um eine Aussage zu den Ampelschaltungen an der Kreuzung Dresdner Straße/Rabenauer Straße.

Herr Rülke erinnert in Bezug auf den Antrag A 2017/003, dass von der Verwaltung zugesichert wurde, einen Termin vor Ort auf der Kurt-Heilbut-Straße anzubieten. Bisher gibt es noch keinen Termin und er bittet, diesen dringend mit ihm abzustimmen.

Herr Richter greift die Worte von Herrn Dr. Thomas zum Prozessauftakt „Gruppe Freital“ auf, dass das, was da passiert ist, nicht verharmlost werden darf. Es sind geplante Mordanschläge von Terroristen ausgeübt worden. Auch die Bewertung, ob ein GSG 9-Einsatz angemessen oder nicht angemessen ist, steht maximal dem Bundesrechnungshof zu und nicht Stadträten.

Herr Gliemann stellt richtig, dass die im Stadtrat am 9. März 2017 verlesene Erklärung der Fraktion Freie Wähler Freital zum Prozessauftakt „Gruppe Freital“ weder etwas verharmlost hat noch Stellung bezogen wurde, es wurde eine Meinung geäußert. Des Weiteren ist nach seinen Informationen die Mordanklage vom Tisch und es läuft auf Totschlag hinaus.

Herr Rülke stellt klar, dass die CDU-Fraktion die Straftaten nicht verharmlost bzw. herunterspielt. Es soll lediglich klar zum Ausdruck gebracht werden, dass mit der Bezeichnung „Gruppe Freital“ die Stadt Freital zu Unrecht einen schlechten Ruf erhält. So schlimm wie die Taten sind, handelt es sich aber nur um eine kleine Gruppe von Menschen aus Freital und es sollten nicht alle Freitaler pauschal über einen Kamm geschert werden.

Herr Mayer äußert, dass die AfD-Fraktion Gewalt, egal welcher Art, grundsätzlich ablehnt. Mit der jetzigen Diskussion wird versucht, die Meinungsfreiheit zu behindern, zum Beispiel was die Meinungen zum Einsatz des GSG 9-Einsatzes betrifft. Herr Mayer fällt negativ auf, dass Stadträte versuchen, durch das Äußern von Vermutungen von noch schlimmeren möglichen Straftaten einen dunklen Schatten auf die Stadt Freital zu werfen. Es sollte der Prozess und das Urteil abgewartet werden, um dann zu sehen, wie damit umgegangen wird. Herr Mayer nimmt Bezug auf die Beantwortung seiner Anfrage zur Ertüchtigung des vorhandenen Schildes „Gefährliche Kurve“ mit einer Geschwindigkeitsmessanlage in der „Friedhofskurve“ Wilsdruffer Straße, dass ihm die Kosten von ca. 8.100,00 Euro sehr pauschal erscheinen, zumal Tiefbauarbeiten erwähnt sind, die, da es sich um einen städtischen Strommast handelt, unverständlich sind. Er bittet um eine detailliertere Auskunft zu den Kosten, unterteilt in Einbau- und Erwerb der Leuchten sowie die des Stromanschlusses.

Herr Rumberg wird es schriftlich beantworten lassen.

Weitere Informationen und Anfragen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 7

A 2017/002

Antrag der Fraktion SPD/Die Grünen über die Vergabe der Betreuung der neuen Kindertagesstätte in Wurgwitz

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss (SKA)

am 24. Januar 2017

am 28. Februar 2017

am 21. März 2017

Vorberatung im Bildungsausschuss (BA)

am 24. Januar 2017

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 2. Februar 2017

am 30. März 2017

Herr Wolfram legt dar, dass es bei dem Antrag nicht mehr um die Trägerschaft der neuen Kindertagesstätte in Wurgwitz geht, sondern grundsätzlich um die Vergabe einer Einrichtung, wo sich alle für eine Trägerschaft bewerben können.

Herr Rülke erklärt, dass es aus den Vorberatungen heraus verschiedene Änderungsanträge zum Beschlussvorschlag gibt. Aufgrund der Abstimmung innerhalb der CDU-Fraktion zieht die CDU-Fraktion ihren Antrag zurück und signalisiert Zustimmung zum Änderungsantrag der Fraktion SPD/Die Grünen. Der Grund, dass die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag eingereicht hat, war, dass der ursprüngliche Antrag A 2017/002 nur die neue Kindertagesstätte Wurgwitz beinhaltete. Es sollten jedoch auch die zukünftig neu zu errichtenden Einrichtungen betrachtet werden und die freien Träger sich bei einer möglichen Vergabe entsprechend den Regelungen der Sächsischen Gemeindeordnung angemessen an den Kosten zur Errichtung beteiligen. Es wird jedoch als sinnvoller betrachtet, wenn sich die freien Träger an der Ausstattung und am Betrieb beteiligen, da sich grundsätzlich alle Gebäude und Grundstücke im Eigentum der Stadt Freital befinden und es somit eine einheitliche Verfahrensweise wäre.

Herr Richter stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion SPD/Die Grünen im Namen der Fraktion DIE LINKE. zu.

Herr Heger fragt, weshalb Wert auf die Formulierung „und entsprechend seiner Möglichkeiten“ gelegt wird. Entweder man hat die Möglichkeiten eine Kindertagesstätte zu betreiben oder man hat sie nicht.

Herr Rülke erläutert, dass es um die Möglichkeiten geht, die der Träger hat, sich an der Ausstattung und am Betrieb zu beteiligen. Ein Verein, wie zum Beispiel der Lebensbaum e.V. hat sicherlich nicht so große finanzielle Möglichkeiten wie ein Verband, zum Beispiel die Arbeiterwohlfahrt.

Herr Heger geht davon aus, dass dies mit dem Wort „angemessen“ schon erfasst ist.

Herr Brandau weist darauf hin, dass das Sächsische Kindertagesstättengesetz genau dieses Vorgehen vorschreibt, Trägerschaften gleich zu behandeln.

Herr Rumberg stellt die Frage in den Raum, ob sich jemand befangen fühlt.

Herr Weichlein erklärt, dass man diskutieren könnte, ob es einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil für Herrn C. Meyer als Vorsitzenden des Lebensbaum e.V. durch diese Beschlussfassung gibt. Es wäre der sicherere Weg, wenn Herr C. Meyer sich als befangen erklären würde.

Herr C. Meyer erklärt sich als befangen und verlässt das Gremium. Somit sind es 28 Stimmberechtigte.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss Nr.: 031/2017

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister, die Trägerschaft für künftig neu zu errichtende Kindertageseinrichtungen öffentlich auszuschreiben. Dabei ist die Option einer Trägerschaft durch die Große Kreisstadt Freital in jedem Fall zu berücksichtigen. Über die Vergabe entscheidet der Stadtrat. Im Falle der Übernahme oder Inbetriebnahme einer Kindertageseinrichtung durch einen freien Träger, hat sich dieser angemessen und entsprechend seiner Möglichkeiten mit Eigenleistungen an der Ausstattung und am Betrieb zu beteiligen.

Die Trägerschaft von bestehenden Kindertageseinrichtungen bleibt entsprechend der zuletzt im April 2016 durch den Stadtrat beschlossenen Bedarfsplanung (Beschluss-Nr.: 051/2016) davon unberührt.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0
Befangen:	1

Herr Wolframm gibt folgende persönliche Erklärung ab. Zur Stadtratssitzung am 9. Februar 2017 wurden von ihm und Herrn Rülke ähnlich klingende Änderungsanträge eingereicht. Herr Wolframm stellt klar, dass der Ursprungsänderungsantrag von Herrn Rülke gewesen ist. Da Herr Wolframm jedoch nicht genau wusste, von wem dieser gekommen ist, hat er diesen genommen und als Änderungsantrag der Fraktion SPD/Die Grünen eingereicht.

Herr C. Meyer kommt zurück ins Gremium. Somit sind 29 Stimmberechtigte anwesend.

Antrag der Fraktion Bürger für Freital zur Einrichtung von befahrbaren Radschutzstreifen auf der Dresdner Straße

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)

am 1. März 2017

am 28. März 2017

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 2. März 2017

am 30. März 2017

Herr Dr. Wasner erklärt, dass laut Radverkehrskonzept die Dresdner Straße als Alltagshauptroute für den Radverkehr eingeschätzt wird und somit das Augenmerk entsprechend darauf gelegt werden muss. Die bisherigen Diskussionen sind eher eine Konfrontation gewesen als eine Lösungssuche. Es sind alle aufgerufen, Lösungen für das Problem zu finden und weniger gegeneinander zu arbeiten. Mit dem Antrag wird angestrebt, Radschutzstreifen und keine Radwege einzurichten. Die Richtlinie, die bestimmte Regelungen für Radschutzstreifen beinhaltet, gilt in Sachsen nicht, so dass die Möglichkeit von Kompromissen besteht. Die Radverkehrskonzeption 2016 sagt aus, in welchen Bereichen der Dresdner Straße mit welchen Änderungen Radschutzstreifen möglich sind. Die im Zusammenhang mit dem Antrag A 2017/004 von der Verwaltung vorgestellten Kosten sollten im Vergleich zu anderen Maßnahmen betrachtet werden. Wenn die Butterstraße für 420.000 Euro mit einem Eigenanteil in Höhe von 240.000 Euro gebaut wird, stellt sich Herr Dr. Wasner die Frage, welche Maßnahme wichtiger ist. Hinzukommt, dass es Signale vom Land Sachsen sowie dem Bund gibt, Fördermittel für den Radverkehr bereitzustellen und in diese Richtung sollte recherchiert werden.

Herr Üregi beantragt im Namen der CDU-Fraktion die Vertagung des Tagesordnungspunktes. Das aktuelle Radverkehrskonzept ist erst Ende März 2017 den Fraktionen je einmal in Papierform zugegangen, so dass es nicht möglich war, sich intensiv damit zu beschäftigen. Digital für alle Stadträte ist es heute erst zur Verfügung gestellt worden. Das Konzept sollte von der Verwaltung analysiert und ein entsprechender Umsetzungsplan der dort vorgeschlagenen Maßnahmen erstellt werden. Hinzukommt, dass die von der Verwaltung heute vorgelegte Kostenschätzung für die Radschutzstreifen zu kurz betrachtet ist.

Herr Mayer führt aus, dass schon viele Jahre über den Radverkehr in Freital diskutiert wird und er befürwortet, dass mit dem Antrag der Oberbürgermeister aufgefordert wird, wo es möglich ist einen Radschutzstreifen einzurichten. Die Kostenschätzung der Verwaltung erweckt bei Herrn Mayer den Eindruck, die Kosten teuer darzustellen und dass die Verwaltung es sich nicht leisten kann, um die Maßnahme zu verhindern. Er stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass im Bereich Ortseingang bis August-Bebel-Straße ohne großen Aufwand, was Planungsleistungen und Änderungen an Lichtsignalanlagen angeht, auf der Dresdner Straße einen Radschutzstreifen aufzubringen. Der Versuch wird zeigen, ob es funktioniert.

Herr Rumberg versichert, wenn dies so einfach wäre, er es so auch umsetzen würde. Aufgrund der Topografie und der Straßenbreite ist es jedoch nicht so einfach und der Aufschrei und die Diskussion, wenn dann jemand zu Schaden kommen würde, wären mit Sicherheit groß.

Herr Dr. Wasner spricht sich gegen den Antrag auf Vertagung aus. Es handelt sich um einen Grundsatzbeschluss, um sich endlich mit den Radschutzstreifen zu befassen, es sind keine konkreten Stellen im Antrag A 2017/004 benannt, wo Radschutzstreifen eingerichtet werden sollen.

Herr Richter schließt sich den Worten von Herrn Dr. Wasner an.

Herr Gliemann stimmt grundsätzlich Herrn Dr. Wasner zu und lehnt den Antrag auf Vertagung ab. Allerdings stellt er sich die Frage der finanziellen Auswirkungen.

Herr Rülke legt dar, dass wegen der finanziellen Auswirkungen die CDU-Fraktion den Antrag auf Vertagung stellt, da diese nicht eingeschätzt werden können und man nicht weiß, welche Auswirkungen es auf das gesamte Radverkehrskonzept gibt. Hinzukommt, dass aufgrund der kurzfristigen Bereitstellung des Radverkehrskonzeptes nicht für jeden Stadtrat die Möglichkeit bestand, sich mit der Thematik zu beschäftigen. Es ist der falsche Weg, mit Radschutzstreifen anzufangen und im Nachgang über das Radverkehrskonzept zu sprechen.

Herr Wolframm spricht sich gegen den Antrag auf Vertagung aus. Der formulierte Beschlussvorschlag gibt dem Oberbürgermeister einen großen Spielraum und nichts hindert ihn, die im Radverkehrskonzept vorgeschlagenen Maßnahmen bei der Umsetzung mit einzubeziehen.

Herr Brandau ist ein Verfechter der Radschutzstreifen und er vertritt auch den Standpunkt, endlich damit anzufangen. Dennoch stimmt er dem Antrag der CDU-Fraktion auf Vertagung zu, es wird eine Gesamtlösung und eine Entscheidung zu den finanziellen Auswirkungen benötigt, denn aus den 50.000,00 Euro Instandhaltungskosten, die im Haushalt eingeplant sind, sind die Maßnahmen nicht finanzierbar.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zum Antrag der CDU-Fraktion auf Vertagung des Antrages A 2017/004 gibt, bringt Herr Rumberg diesen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	14
Stimmenthaltungen:	2

Damit ist der Antrag auf Vertagung abgelehnt.

Herr Mayer erinnert an seinen Antrag, im Beschlussvorschlag zur ergänzen, im Bereich Ortseingang bis August-Bebel-Straße ohne irgendwelche Maßnahmen durchzuführen, mit dem Radschutzstreifen zu beginnen.

Herr Dr. Wasner bedankt sich bei Herrn Mayer für die Unterstützung, sieht den Ergänzungsantrag aber nicht als zielführend. Denn gerade in dem Bereich sind einige Dinge notwendig zu klären, bevor ein Radschutzstreifen angebracht werden kann.

Herr Mayer zieht seinen Antrag auf Ergänzung des Beschlussvorschlages zurück.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 032/2017

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital fordert den Oberbürgermeister auf, auf der Dresdner Straße beidseitig Radschutzstreifen einrichten zu lassen, wo es gesetzlich zulässig ist.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	11
Stimmenthaltungen:	4

Tagesordnungspunkt 9

A 2017/007

Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung einer Stadtchronik

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss (SKA)

am 21. März 2017

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 30. März 2017

Herr Rülke erläutert die Sach- und Rechtslage des Antrages. Aufgrund der Vorberatungen ändert er den Beschlussvorschlag dahingehend, dass nach den Worten „durch die Städtischen Sammlungen“ die Worte „ein Konzept zur Gestaltung“ eingefügt werden.

Herr C. Meyer und Herr Richter begrüßen die Ergänzung und stimmen dem geänderten Beschlussvorschlag zu.

Frau Schulze geht davon aus, dass es anlässlich „100 Jahre Freital“ in Zukunft mehrere Projekte geben wird und die Verwaltung diese im Auge haben sollte, um gewisse Synergieeffekte zu nutzen, damit nicht viele kleine Sachen sondern zusammen etwas gestaltet wird.

Herr Mayer stimmt dem Antrag A 2017/007 zu, gibt jedoch zu Protokoll, dass das Konzept ausführlich im Stadtrat besprochen werden soll.

Herr Rumberg versichert, dass es ein Prozess ist, der gemeinsam begleitet wird.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 033/2017

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister durch die Städtischen Sammlungen ein Konzept zur Gestaltung einer Stadtchronik für die Große Kreisstadt Freital erstellen zu lassen. Die Chronik soll die Entstehungsgeschichte der Stadt und deren Entwicklung ab dem Jahr 1921 bis in die Gegenwart beleuchten. Es ist dabei zu prüfen, inwieweit eine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Gedenken und mit dem Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte der TU-Dresden sinnvoll ist. Die Chronik soll beständig durch die Städtischen Sammlungen fortgeführt werden.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 10**B 2016/094****Verkauf Flurstück 419 und Teile der Flurstücke 24 sowie 24a der Gemarkung Döhlen (Garagenhof an der Nordstraße)**

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 2. Februar 2017
am 30. März 2017

Frau Tillig erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage und geht auf die aktualisierte Anlage 4 mit Stand vom 30. März 2017 ein. Im Ergebnis dessen bleibt der Beschlussvorschlag unverändert, lediglich mit der Ergänzung „Kurort“ vor dem Wort „Hartha“.

Herr C. Meyer bemerkt, dass die Vorberatungen gezeigt haben, dass die Stadt Freital verpflichtet ist, an den Meistbietenden zu verkaufen. Daher gibt es die Forderung, bei zukünftigen Verkaufsausschreibungen den Ausschreibungstext mit den Stadträten abzustimmen, um die Gestaltungsspielräume bezüglich Nutzung und Bebauung ausschöpfen und die gewerbliche Entwicklung in Freital unterstützen zu können. Bei dem heutigen Grundstücksverkauf hofft Herr C. Meyer, dass an der für Freital wichtigen Straße gestalterisch etwas Schönes entsteht. Die Fraktion Bürger für Freital wird sich bei der Abstimmung enthalten.

Frau Schulze hat im Finanz- und Verwaltungsausschuss rechtliche Bedenken geäußert, die bis heute noch nicht ausgeräumt sind und daher wird sie dem Verkauf nicht zustimmen. Aufgrund der Wirtschaftlichkeit allein auf den Kaufpreis zu schauen, ist nicht die richtige Herangehensweise, zumal das nächste Angebot nicht so weit entfernt liegt. Des Weiteren sollte man bei der Abstimmung auch einmal Stellung beziehen und sich nicht nur enthalten.

Herr Gliemann bemerkt, dass die Fraktion Freie Wähler Freital der Vorlage zustimmt. Bei zukünftigen Ausschreibungen sollte jedoch mit in Betracht gezogen werden, was der Käufer mit dem Grundstück vorhat. Es kann auch sein, dass der Zweitplatzierte durch mögliche Gewerbesteuer längerfristig betrachtet mehr für die Stadt bringt.

Herr Rülke bemerkt, dass die Verwaltung deutlich gemacht hat, den Zuschlag an den Höchstbietenden geben zu müssen. Dennoch bedauert er, dass andere Bieter, die gewerbliche Absichten haben, nicht berücksichtigt werden und daher schließt sich Herr Rülke den Worten von Herrn C. Meyer an. Die CDU-Fraktion wird unterschiedlich abstimmen.

Herr Richter legt dar, dass die Fraktion DIE LINKE. aufgrund der von Frau Schulze aufgeführten Gründe der Vorlage nicht folgen wird. Die Verwaltung wird aufgefordert, bei zukünftigen Ausschreibungen von Grundstücken die entsprechende Entscheidung des Stadtrates einzuholen.

Herr Gliemann fragt, wie das Verfahren weitergeht, wenn die Vorlage heute abgelehnt wird.

Herr Weichlein antwortet, dass der Tagesordnungspunkt nicht automatisch beendet ist, da es noch keine Sachlösung gibt und man über weitere Bieter abstimmen kann. Im Nachgang müsste dann jedoch der Oberbürgermeister entscheiden, wenn einem anderen als dem Höchstbietenden der Zuschlag erteilt wird, ob er eventuell Widerspruch einlegt.

Herr Rumberg ergänzt, dass er es soweit jedoch nicht kommen lassen wird. Wenn die heutige Vorlage keine Mehrheit erhält würde er den Tagesordnungspunkt an der Stelle abrechen und das Grundstück vom Verkauf zurückstellen.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 034/2017

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital bestätigt den Verkauf nachfolgender Grundstücke der Gemarkung Döhlen an Philipp Müller, Freital und Annett Korb, Kurort Hartha zum Festpreis von insgesamt 55.600,00 Euro:**
Flurstück 419 208 m²
Teil vom Flurstück 24a ca. 393 m²
Teil vom Flurstück 24 ca. 239 m²
- 2. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital bestätigt die Grundschuldbestellung auf dem Verkaufsgrundstück in Höhe des Kaufpreises nebst Zinsen und Nebenleistungen zum Zwecke der Kaufpreisfinanzierung. Im Kaufvertrag sind die im Punkt 11 der „Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Veräußerung kommunaler Grundstücke“ vom 22. März 2004 gemachten Festlegungen aufzunehmen.**

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	5
Stimmenthaltungen:	13

Tagesordnungspunkt 11	B 2017/008
Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes - T.v. Flurstück 184/3 der Gemarkung Wurgwitz	

Vorberatung im Ortschaftsrat Wurgwitz	am 13. März 2017
Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)	am 28. März 2017

Herr Specht verlässt den Saal. Somit sind 28 Stimmberechtigte anwesend.

Frau Schattanek erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Richter fragt, was passiert, wenn der Vorlage nicht zugestimmt wird und sich die Firma Becker Umweltdienste GmbH einen anderen Standort außerhalb der Stadt Freital sucht.

Herr Rumberg sieht es als Gewissensfrage und geht davon aus, dass dieser Fall nicht eintritt.

Herr Dr. Wasner sieht den Standort für die Firma Becker Umweltdienste GmbH als gegeben an, wird jedoch im nichtöffentlichen Teil noch eine Meinung zur Änderung des Flächennutzungsplanes abgeben.

Frau Ebert informiert als Ortsvorsteherin von Wurgwitz, dass der Ortschaftsrat die Thematik zweimal beraten hat und der Vorlage einstimmig zustimmt. Die Firma Becker Umweltdienste GmbH bietet den Wurgwitzer Bürgern die Möglichkeit, sich am 24. April 2017 ab 18 Uhr das Gelände vor Ort anzusehen.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 035/2017

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt:

- 1. Für das Gebiet der Gemarkung Wurgwitz, Teil von Flurstück 184/3, ist ein Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan zu führen.**
- 2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.**

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 12

B 2017/009

Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan "Gewerbestandort Wurgwitz"-T.v. Flurstück 184/3 der Gemarkung Wurgwitz

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)

am 28. März 2017

Frau Schattanek erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Specht kommt wieder in den Saal. Somit sind 29 Stimmberechtigte anwesend.

Da keine Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 036/2017

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt:

- 1. Für das Gewerbegebiet der Gemarkung Wurgwitz, Teil von Flurstück 184/3, ist ein Bebauungsplanverfahren „Gewerbestandort Wurgwitz“ durchzuführen.**
- 2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.**

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Bedarfsplanung in Kindertageseinrichtungen einschließlich Kindertagespflege für das Jahr 2017

Vorberatung im Bildungsausschuss (BA)

am 21. März 2017

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 30. März 2017

Herr Pfitzenreiter erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Richter äußert, dass die Fraktion DIE LINKE. die Vorlage lediglich zur Kenntnis nimmt und sich bei der Abstimmung enthalten wird. Er fordert die Verwaltung auf, konkrete Pläne zur Umsetzung der Projekte vorzulegen, die ab dem Jahr 2021 eventuell in Betracht kommen.

Herr Rülke merkt positiv an, wenn der regionalisierten Bevölkerungsprognose geglaubt werden kann, dass es einen Zuwachs an Geburten, Zuzug usw. gibt. Daraus ist zu schlussfolgern, dass die Stadt Freital familienfreundlich ist und nicht so schlecht sein kann, wie es momentan in den Medien dargestellt wird. Der Fehlbedarf resultiert daraus, dass von Seiten der Verwaltung von der höchsten Variante der regionalisierten Bevölkerungsprognose ausgegangen wird. Dies bedeutet, es genau im Auge zu behalten, ob sich der Fehlbedarf wirklich so entwickelt um zeitnah eine Entscheidung für eine neue Einrichtung treffen zu können.

Herr Mayer begrüßt die steigende Einwohnerzahl der Stadt Freital in den kommenden Jahren. In der mittelfristigen Finanzplanung sollten allerdings rechtzeitig Mittel eingeplant werden, um notfalls kurzfristig eine zusätzliche Kindertagesstätte errichten zu können. Die AfD-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 037/2017

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital bestätigt die mittelfristige Bedarfsplanung für die Freitaler Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege gemäß der Anlage 2.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	2

Finanzierung der Erweiterung des Freitaler Technologieparks (F2_A)

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 30. März 2017

Herr Böhme erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Rülke bedankt sich bei Herrn Schautz als ehemaligen Geschäftsführer der Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH, der dieses Projekt eingeleitet hat und Herrn Karrei als jetzigen Geschäftsführer wünscht er alles Gute für die weitere Entwicklung des Projektes.

Herr Üregi fragt, da der Technologiepark an der Eisenbahnstrecke liegt, ob die Möglichkeit besteht, ein oder zwei Grundstücke mit einem Gleisanschluss zu versehen.

Herr Schautz verneint.

Herr Mayer sieht in der Entwicklung der ehemaligen Bahngrundstücke einen wichtigen Punkt für die Erschließung von Gewerbegrundstücken. Allerdings zeigt die Kostensteigerung wie wichtig es ist, bei solchen Projekten von Anfang an genau hinzuschauen, welche Risiken sich ergeben könnten. Dennoch ist Herr Mayer optimistisch, dass die Grundstücke erfolgreich vermarktet werden und die Gesellschaft mit einem positiven Ergebnis herausgehen wird.

Herrn Heger erscheint der veranschlagte Gewinn von ca. 80.000,00 Euro als sehr wenig an, weil die Gefahr besteht, dass dieser durch weitere Maßnahmen aufgefressen wird.

Herr Rumberg geht davon aus, dass alles durchgerechnet ist und die Risiken mit betrachtet sind. Er sieht es als Art Wirtschaftsförderung, selbst wenn die Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH bei dem Projekt plus minus null rausgeht. Herr Rumberg bedankt sich bei allen, die bei dem Zustandekommen des Projektes beteiligt gewesen sind.

Herr Gliemann bemerkt, dass die Fraktion Freie Wähler Freital der Vorlage zustimmt.

Herr Rülke ist als Aufsichtsratsmitglied der Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH optimistisch, dass es nicht mit einem Minus ausgeht, da die bis jetzt verkauften Flächen des Technologieparks gute Ergebnisse erzielt haben. Auch bei einem Minus wird durch die Steuereinnahmen langfristig ein Plus zu verzeichnen sein.

Herr C. Meyer begrüßt im Namen der Fraktion Bürger für Freital die Vorlage, da die Stadt Freital Einnahmen aus Gewerbesteuern braucht.

Herr Brandau spricht sich für die Vorlage aus, da es eine klare Entscheidung für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Freital ist.

Herr Wolframm stimmt der Vorlage ebenfalls zu, da es der richtige Weg ist.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 038/2017

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Gewährung eines zweckgebundenen Gesellschafterdarlehens an die Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH zur Finanzierung des Vorhabens „Erwerb und Erschließung von Grundstücken der Deutschen Bahn AG sowie der Erweiterung des Projektes um die Grundstücke der Porzellanmanufaktur zur Erweiterung des Technologieparks F2_A“ zu folgenden Konditionen:**

- **Art:** endfälliges Darlehen
- **Darlehensbetrag:** 1.600.000,00 Euro
- **Laufzeit:** 5 Jahre
- **Tilgung:** endfällig mit Sondertilgungsrecht
- **Zinssatz:** marktüblicher Zinssatz gemäß dem günstigsten der Gesellschaft vorliegenden Bankangebot für eigene unverbürgte Darlehensaufnahmen der Gesellschaft am Kreditmarkt
- **Zinsbindung:** 5 Jahre
- **Besicherung:** Sicherungserklärung zur bereits bestehenden erstrangigen Grundschuld in Höhe von 6.000.000,00 Euro

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Organen der Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH die notwendigen Beschlüsse zum Abschluss des Darlehens herbeizuführen.

2. Zur teilweisen Deckung des Finanzbedarfs aus dem laufenden Geschäft wird der bestehende Liquiditätshilferahmen der Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH mit einer Höhe von bis zu 1.250.000,00 Euro über den 31. Dezember 2017 hinaus bis längstens zum 31. Dezember 2020 verlängert.

Für die tatsächliche Inanspruchnahme ist ein Zinssatz in Höhe des 12-Monats-Euribor + einem Prozentpunkt zugrunde zu legen.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 15

B 2017/013

Änderung der mittelfristigen Finanzplanung 2018 bis 2020, Umsetzung Investitionskraftstärkungsgesetz, Neubau Hort Grundschule L. Richter mit Erweiterung Sporträume

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 28. März 2017
am 30. März 2017

Herr Schautz informiert, dass im Technischen und Umweltausschuss das Projekt vorgestellt sowie auf die Änderungen gegenüber der ursprünglichen Studie eingegangen wurde. Wenn die Maßnahme an dem Standort umgesetzt werden soll, dann nur auf der Grundlage der nun vorliegenden Planung.

Herr Richter bemerkt, dass die Fraktion DIE LINKE. zu 100 % hinter der Vorlage steht. Dennoch gibt es einen Kritikpunkt, dass die schon vorhandene Hof-/Spielfläche, welche eine Schräglage hat, nicht mit begradigt wird. Laut Verwaltung kostet die Begradigung 164.000,00 Euro und Herr Richter stellt den Antrag, die Zahl 4.704.000,00 Euro im Beschlussvorschlag auf 4.872.000,00 Euro zu ändern, um die Hof-/Spielfläche begradigen zu können.

Herr Pfitzenreiter weist darauf hin, dass es für die Maßnahme laut Investitionskraftstärkungsgesetz ein festes Budget an Fördermitteln gibt und jede Kostenerhöhung zu 100 % aus Eigenmitteln finanziert werden muss, somit auch die Begradigung der Hof-/Spielfläche.

Herr Gliemann ist die Hof-/Spielfläche bekannt und er findet die leichte Schräglage nicht als störend. Er lehnt den Antrag von Herrn Richter ab.

Herr Rülke äußert, dass die CDU-Fraktion grundsätzlich hinter der Vorlage steht, jedoch eher anregen möchte, die Kosten einer Prüfung zu unterziehen, um nicht noch mehr Geld ausgeben zu müssen. Sämtliche Kostensteigerungen müssen aus Eigenmitteln finanziert werden und gehen zu Lasten der Liquiditätsreserve. Gerade die Erweiterung des Sportraumes um 1 m, der dennoch nicht Wettkampftauglich ist, verursacht zusätzliche Kosten von 200.000 Euro, wobei ein glatter Betrag von 200.000,00 Euro keine detaillierte Planung sein kann, was hinterfragt werden muss. Bezüglich der Hof-/Spielfläche führt er aus, dass diese trotz der leichten Schräglage keine Gefahr für die Kinder darstellt. Herr Rülke stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag um Folgendes zu ergänzen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Planung mit dem Ziel, die Kosten merklich zu senken und dem Stadtrat die Planung erneut vorzulegen zu überarbeiten.

Herr Schautz warnt, weitere Änderungen an dem Projekt vorzunehmen. Die Erweiterung des Sportraumes sind keine geschätzten Kosten. Mit allen Beteiligten wurden die Inhalte besprochen und genau untersucht, was notwendig ist und was nicht, so sind die nun vorliegenden Kosten entstanden, die vorher noch höher waren. Wenn das Projekt in dem Förderrahmen mit den Zielsetzungen und dem Zeitraum fristgemäß umgesetzt werden soll, können keine Änderungen an den Planungen vorgenommen werden.

Herr Rumberg fragt, wie weit die Planungen sind.

Herr Schautz antwortet, dass gegenwärtig die Bauantragsunterlagen erarbeitet werden.

Herr Richter fügt zu seinem Antrag hinzu, dass die Begradigung der Hof-/Spielfläche, je später es umgesetzt wird, immer teurer werden wird. Den Ergänzungsantrag von Herrn Rülke lehnt er ab, da mit der Maßnahme jetzt begonnen werden muss und nicht weiter hinausgeschoben werden soll.

Frau Mihály-Anastasio weist darauf hin, dass sich in unmittelbarer Nähe der Grundschule Birkigt (3 Min. zu Fuß) ein Sportplatz befindet, wo die Kinder richtig Ball spielen können. Man sollte sich auch immer bewusst sein, dass es hier um Steuergelder geht. Die Fraktion Freie Wähler Freital wird sowohl den Antrag von Herrn Richter als auch den Antrag von Herrn Rülke ablehnen.

Herr Mayer spricht sich dafür aus, die Maßnahme zeitnah umzusetzen und lehnt eine Verzögerung ab. 164.000,00 Euro für die Begradigung der Hof-/Spielfläche erachtet er als zu überzogen, da die Maßnahme insgesamt ja schon von 3 Mio. Euro auf 4,7 Mio. Euro steigt. Die AfD-Fraktion stimmt der Vorlage der Verwaltung zu.

Frau Ebert fragt, wenn der Mehrbedarf für die Grundschule Birkigt aus der Liquiditätsreserve gedeckt wird, welche Auswirkungen dies auf Maßnahmen der mittelfristigen Finanzplanung bis 2019 hat.

Herr Funk antwortet, dass nach dem derzeitigen Planungsstand die Maßnahme der Grundschule Birkigt keine Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung hat. Die jetzige in der Vorlage genannte Erhöhung kann aus liquiden Mitteln gedeckt werden.

Herr Tschirner möchte wissen, ob mit der Erweiterung an der Grundschule, eine dauerhafte 2,5-Zügigkeit geschaffen wird.

Frau Helbig antwortet, dass eine dauerhafte Zweizügigkeit dargestellt werden kann, was so auch mit der Bildungsagentur abgestimmt ist.

Herr Tschirner bittet zu berücksichtigen, da davon auszugehen ist, dass es in den nächsten Jahren wahrscheinlich aufgrund der steigenden Kinderzahlen an Schulen wieder eng wird, dass die neu entstehenden Räume auch eine Doppelnutzung Klassenzimmer/Hort zulassen.

Frau Dr. Darmstadt erinnert, dass es neben der Grundschule Birkigt noch weitere Schulen gibt, in die investiert werden muss. Bisher wurde immer versucht, soviel wie möglich an Fördermitteln zu erhalten, und hier müssen die Mehrkosten aus Eigenmitteln finanziert werden. Daher lehnt sie den Antrag von Herrn Richter, diese Mehrkosten durch die Begradigung der Hof-/Spielfläche noch zu erhöhen, ab. Mit dem Antrag von Herrn Rülke soll das jetzige Projekt nicht verhindert werden, es sollen aber noch einmal die Kosten geprüft werden. Warum muss der Sportraum 1 m länger sein, wenn dies 200.000,00 Euro Mehrkosten, die aus Eigenmitteln finanziert werden müssen, verursacht?

Herr Schautz legt dar, dass die Erweiterung des Sportraumes um 1 m gegenüber der ursprünglichen Studie aus der Diskussion und der Festlegung des Stadtrates heraus resultiert. Grund der damaligen Diskussion war, welche Sportarten in der Halle gespielt werden können. Wenn der Planungsprozess abgebrochen wird, muss mehr Geld ausgegeben werden und die Maßnahme kann nicht im geplanten Zeitraum realisiert werden. Es gibt aber auch Dinge, die sich aus dem Bestand heraus (z. B. Brandschutz) oder den Örtlichkeiten ergeben haben, wo Mehrkosten entstehen. Selbst bei den zurzeit laufenden Projekten an den Schulstandorten Hainsberg und Wurgwitz werden immer während der laufenden Maßnahme die Kosten betrachtet und geschaut, wie und wo Einsparungen möglich sind. Wenn die Erweiterung der Grundschule Birkigt gestoppt wird, ist nicht nur das Projekt sondern auch die Förderung in Gefahr.

Herr C. Meyer erinnert, dass die vor ca. 1 ½ Jahre genannten 3 Mio. Euro für die Erweiterung der Grundschule Birkigt schon als sehr hoch angesehen wurden, trotz vieler Kompromisse. Daher schockiert die nun vorliegende Kostensteigerung umso mehr. Aus Sicht der Fraktion Bürger für Freital ist weder die Kostenerhöhung noch die Begradigung der Hof-/Spielfläche sinnvoll und daher lehnt sie die Anträge von Herrn Richter und Herrn Rülke ab. Es ist lediglich zu entscheiden, ob man der Vorlage zustimmt, sie ablehnt oder sich enthält.

Herr Wolfram spricht sich für den Antrag von Herrn Richter aus. Wenn an der Grundschule Birkigt Maßnahmen umgesetzt werden, dann auch komplett und richtig. Eine Verschiebung der Maßnahme sollte es nicht geben.

Herr Rülke versichert nochmals, dass es mit seinem Antrag nicht darum geht, die Maßnahme der Grundschule Birkigt zu stoppen oder gar zu verhindern. Es geht um die Prüfung, wie die Mehrkosten, die aus Eigenmitteln und somit aus Steuergeldern finanziert werden müssen, reduziert werden können. Die Aussage von Herrn Wolfram zum Antrag von Herrn Richter, wenn Maßnahmen durchgeführt werden, dann richtig, kann Herr Rülke nicht nachvollziehen. An der Hof-/Spielfläche wird nicht gearbeitet. Herr Rülke fragt, ob mit der Ergänzung des Beschlussvorschlages um einen zweiten Punkt die Bewilligung der Fördermittel gefährdet ist.

Herr Schautz bejaht, weil es sich dann um ein neues Projekt handelt.

Herr Heger begrüßt zwar die Erweiterung der Grundschule Birkigt, äußert jedoch seine Kritik, wie wenig es gelungen ist, den Anbau dem Ursprungsgebäude anzupassen.

Herr J. Müller beantragt eine Auszeit, um sich innerhalb der Fraktion beraten zu können.

Da es keine Wortmeldungen und Einwände zum Antrag von Herrn J. Müller gibt, unterbricht Herr Rumberg die Sitzung.

Pause von 20.15 Uhr bis 20.20 Uhr

Herr Rülke zieht seinen Ergänzungsantrag zurück und stellt folgenden Ergänzungsantrag neu:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt nach Einsparpotenzialen zu suchen und im laufenden Bauprozess regelmäßig dem Stadtrat darüber zu berichten.

Herr Richter zieht den Antrag, den Betrag 4.704.000,00 Euro im Beschlussvorschlag auf 4.872.000,00 Euro zu ändern, zugunsten eines Bolzplatzes in Potschappel, zurück.

Herr Gliemann stimmt dem neu eingereichten Änderungsantrag von Herrn Rülke zu. Wenn es um einen Bolzplatz in Potschappel geht, sollte geschaut werden, ob der Sportplatz in Birkigt nicht ausreichend ist.

Herr Dr. Wasner begrüßt zwar die Idee von Herrn Richter zum Bolzplatz in Potschappel, hier geht es aber um die Erweiterung der Grundschule Birkigt. Der neu eingereichte Änderungsantrag von Herrn Rülke hat den Anklang eines Misstrauens, dass bisher nicht kostendeckend und sparsam gedacht wurde. Es wäre ausreichend, es im Protokoll festzuhalten und nicht im Beschlussvorschlag zu erwähnen.

Herr Brandau vertritt den Standpunkt, dass der Oberbürgermeister sowie die Verwaltung sowieso angehalten sind, auf die Kosten zu achten, was sie auch tun. Hinzukommt, dass es in den kommenden Jahren aufgrund von Kostensteigerungen im Baubereich des Öfteren zu Kostenexplosionen kommen wird. Dann muss geschaut werden, ob Standards usw. geändert werden.

Herr Specht sieht es positiv nach Einsparpotential zu suchen, es würde bei der Maßnahme an der Grundschule Birkigt jedoch schon positiv sein, wenn die jetzt genannten Kosten im Rahmen bleiben und während der Maßnahme nicht weiter steigen. Sich auf die Einhaltung des Kostenrahmens zu konzentrieren ist besser, als nach Einsparpotential zu schauen.

Herr Mayer stimmt dem neueingereichten Ergänzungsantrag von Herrn Rülke zu, da dieser sich schon mit der gängigen Praxis bei den anderen Schulmaßnahmen in Hainsberg und Wurgwitz deckt.

Da es zum neu eingereichten Antrag von Herrn Rülke keine weiteren Wortmeldungen gibt, bringt Herr Rumberg diesen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	12
Stimmenthaltungen:	1

Damit ist der Ergänzungsantrag angenommen und der Beschlussvorschlag wird entsprechend geändert.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 039/2017

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt zur weiteren Realisierung des Vorhabens „Neubau Hort Grundschule L. Richter in Freital-Birkigt mit Erweiterung Sporträume“ eine Änderung der mittelfristigen Finanzplanung 2018 bis 2020, wonach die Haushaltsermächtigungen 2018 und 2019 für das Vorhaben „Neubau Hort Grundschule L. Richter in Freital-Birkigt mit Erweiterung Sporträume“ von bislang insgesamt 3.085.600 Euro auf neu 4.704.000 Euro erhöht wird. Der Mehrbedarf wird aus der Liquiditätsreserve gedeckt.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt nach Einsparpotenzialen zu suchen und im laufenden Bauprozess regelmäßig dem Stadtrat darüber zu berichten.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	3

Tagesordnungspunkt 16

B 2017/014

Ankauf des Flurstücks 809 sowie Teilflächen der Flurstücke 809a und 809/2 der Gemarkung Deuben zum Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens im Gebiet Breiter Grund/Bergstraße

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)

am 28. März 2017

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 30. März 2017

Herr Schautz erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Specht fragt, ob der Erwerb des Grundstückes förderfähig ist und wie hoch die Förderquote für die Maßnahme ist.

Herr Funk antwortet, dass der Grunderwerb förderfähig ist.

Herr Schautz ergänzt, dass die Förderquote mindestens 75 % und maximal 90 % der förderfähigen Kosten beträgt.

Herr Mayer möchte wissen, da im Technischen und Umweltausschuss auf die Frage, ob in der Nähe eine Bebauung geplant ist, geantwortet wurde, dass dies nicht bekannt ist und im nun vorliegenden Plan fünf Grundstücke geplant werden, ob die Entscheidung erst die Woche gefallen ist. Des Weiteren liegt erst nach der Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss ein Baugrundgutachten vor, aus dem erhebliche Unsicherheiten ersichtlich sind, was die Dichtheit des Regenrückhaltebeckens betrifft. Hinzukommt, dass bei der gestrigen zugestellten Erläuterung zum Baugrundgutachten dargelegt wird, dass die durchgeführten Sondierungen nicht das Grundstück des Regenrückhaltebeckens betreffen. Herr Mayer äußert Bedenken, dass die im Haushalt für die Maßnahme eingestellten 1,2 Mio. Euro aufgrund der unklaren Lage nicht ausreichen werden. Daher stellt Herr Mayer den Antrag, die Vorlage in die Ausschüsse zurückzuweisen und ein neues Baugrundgutachten für den relevanten Bereich einzuholen.

Herr Schautz stellt richtig, dass die im Technischen und Umweltausschuss von Herrn Mayer gestellte Frage zu weiteren Flächenentwicklungen sich auf die Fläche oberhalb des Zuflusses bezog. Von Herrn Schiller wurde daraufhin geantwortet, dass in dem Bereich aufgrund der Topografie und des felsigen Untergrundes keine weiteren Planungen angedacht sind. Die vorliegende Planung für die fünf Grundstücke hat in den Gesprächen mit dem Eigentümer schon immer eine Rolle gespielt. Bezüglich der Baugrunduntersuchung führt Herr Schautz aus, dass das untersuchte Areal ursprünglich viel größer gewesen ist. In Absprache mit dem Fachplaner ist dann entschieden worden, das Regenrückhaltebecken in einer natürlich zum Teil vorhandenen Mulde anzulegen.

Herr Rülke unterstützt im Namen der CDU-Fraktion den Antrag von Herrn Mayer zur Zurückweisung der Vorlage in die Ausschüsse. Es stellt sich die Frage, welche Auswirkung dieses Baugrundgutachten gegebenenfalls auf das Wertgutachten gehabt hat. Des Weiteren ist die Aussage, dass angenommen wird, dass sich der Baugrund im Bereich des Beckenstandortes in einem natürlichen Ursprungszustand befindet, nicht nachvollziehbar. Für so eine Aussage fehlen die entsprechenden Erkenntnisse. Weiterhin kritisiert er, dass die Erläuterungen zum Baugrundgutachten kein Datum enthalten.

Herr Schiller legt dar, dass der jetzt vorgesehene Standort der einzige Standort in dem gesamten Bereich ist, wo das Regenrückhaltebecken entstehen kann. Dies hat sich im Laufe der ganzen Untersuchungen herauskristallisiert. Für den gesamten Bodenaushub wird eine Z2 Belastung angenommen, was allein ca. 200.000,00 Euro ausmacht. Schon bei der Betrachtung der Topografie ist von einem natürlichen Ursprung auszugehen und auch die Dichtheit des Regenrückhaltebeckens muss gegeben sein, damit kein unkontrollierter Abfluss passiert. Wenn vor der Beschlussfassung ein neues Bodengrundgutachten, was vor der Ausführung sowieso notwendig ist, angefertigt werden muss, kann der Zeitplan nicht eingehalten werden und die Maßnahme verzögert sich um mindestens ein Jahr.

Herr C. Meyer spricht sich dafür aus, die Vorlage heute abzustimmen, da es eine Rücktrittsklausel im Kaufvertrag gibt, wenn keine Fördermittel für die Maßnahme bewilligt werden.

Herr Wolframm äußert, dass die Fraktion SPD/Die Grünen dem Antrag von Herrn Mayer auf Zurückweisung in die Ausschüsse zustimmen wird.

Herr Brandau ist der Meinung, dass das Baugrundgutachten kein Hinderungsgrund für das Bauvorhaben sein soll. Es handelt sich um eine natürliche Senke und um die Standsicherheit zu gewährleisten, kann das Becken auf drei Pfähle gestellt werden, was 10.000,00 bis 15.000,00 Euro kosten würde. Daher hält Herr Brandau eine Verschiebung der Beschlussfassung für unnötig.

Herr Richter schließt sich den Worten von Herrn Brandau an.

Da es zum Antrag von Herrn Mayer auf Zurückweisung in die Ausschüsse keine weiteren Wortmeldungen gibt, bringt Herr Rumberg diesen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	7
Stimmenthaltungen:	8

Damit ist der Antrag angenommen und der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Verordnung über die verkaufsoffenen Sonntage 2017

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 30. März 2017

Herr Rülke schildert, dass die CDU-Fraktion unterschiedlich abstimmen wird. Er selbst wird mit Nein stimmen, da verkaufsoffene Sonntage immer zu Lasten der Arbeitnehmer gehen.

Herr Käsemodel hat die ganzen zurückliegenden Jahre den jährlichen zwei verkaufsoffenen Sonntagen nicht zugestimmt. Er begrüßt, dass es im Jahr 2017 nur ein Sonntag ist und stimmt somit der Vorlage zu.

Herr Richter äußert, dass die Fraktion DIE LINKE. aus Sicht des Arbeitnehmers der Vorlage nicht zustimmt.

Herr Gliemann stimmt persönlich der Vorlage zu, da damit die Händler die Chance haben Umsatz zu regenerieren. Die Fraktion Freie Wähler Freital wird unterschiedlich abstimmen.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 040/2017

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Verordnung der Großen Kreisstadt Freital über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2017.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	10
Stimmenthaltungen:	3

Herr Rumberg beendet den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.